

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 46.

Sonntag, den 12. November 1922.

4. Jahrgang.

Verlagsgesellschaft „Lobzer Freie Presse“ m. b. H.
Brettlauer Straße Nr. 86. Geldsendungen und Zuschriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortliche Schriftleiter: Albert Freyer,
(literar. Zeit.) und Rudolf Rosenfeld, (Politik
u. Wisse). Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 1500 Pf. vierteljährlich
Anzeigenpreis:
für die sechsgespaltene Kleinzeile Mark 100.—

Die Bedeutung der Senatswahlen für die Deutschen Polens.

Es herrscht in breiten Massen die falsche Meinung, daß die Wahlen für den Senat im allgemeinen für das ganze Land und insbesondere für die deutsche Wählerliste Nr. 16 von einer geringeren Bedeutung seien als die Sejmwahlen. So mancher deutscher Wähler wird sich sicherlich mit großem Eifer am 5. November zur Wahlurne begeben, aber am 12. November denkt er sich diese Mühe ersparen zu dürfen. Der Senat, — meinen diese Leute, — habe wenig zu sagen, der Senat sei kleiner als der Sejm. Wir haben also im Senat wenig zu suchen.

Nun aber ist diese Meinung grundsätzlic; allerdings ist der Senat für die Bürger der polnischen Republik etwas ganz neues, etwas uns noch gänzlich unbekanntes. Auch ist er wirklich 4 mal kleiner, als der Sejm, da er nur 111 Abgeordnete hat. Im Senat werden sicherlich keine großen und glänzenden Reden gehalten. Das will aber nicht sagen, daß seine Arbeit und seine Bedeutung im Staatsleben gering wäre.

Kein einziger Gesetzesentwurf, welcher vom Sejm ausgearbeitet wird, kann eher zum Gesetz für uns alle werden, so lange er nicht von den Senatoren geprüft und begutachtet worden ist. Er tritt in Kraft erst nachdem der Senat sich davon überzeugt hat, daß er keine Zweideutigkeiten oder Unklarheiten enthält, welche bei seiner Anwendung von böswilligen Richtern oder Verwaltungsbeamten nach eigenem Gutdünken einmal in einer Weise und das andere Mal anders angewandt werden könnte. Der Senat wird kein Gesetz bestätigen, welches gegen den Wortlaut oder auch gegen den Geist der Staatsverfassung vom 17. März 1921 verstößt. Dieses letztere ist von besonderer Wichtigkeit für uns Deutsche hierzulande. Die Staatsverfassung verbürgt uns eine volle Gleichberechtigung mit den Urpolen und mit den römischen Katholiken. Die Staatsverfassung verpflichtet uns Deutschen, daß man uns nicht nur unsere Kirchen und unsere Schulen niemals abnehmen wird, sondern umgekehrt, — man soll sie uns auf Staatskosten aufbauen, da wir doch zu mindest eben solche eifrige Steuerzahler sind, wie die anderen. —

Ohne Zustimmung des Senats darf kein Präsident von Polen den Sejm auflösen. Die 111 Senatoren bilden zusammen mit den 444 Sejmabgeordneten die sogenannte „Volksversammlung“ der Republik Polen, welche berufen ist anstelle des heutigen Staatschefs Pilsudski jede 7 Jahre einen neuen Präsidenten der polnischen Republik aus ihrer Mitte zu wählen. Allein daraus ergibt es sich zur Genüge, daß der

Senat sehr wichtige Vorrechte besitzt und daß wir in ihm unbedingt unsere Leute haben müssen! Es ist dies umso wichtiger, daß anstatt der uns, den 2¼ Millionen deutscher Bürger zukommenden zehn Senatoren wir höchstwahrscheinlich nicht einmal die Hälfte davon durchdrücken werden, da wir sehr zerstreut im ganzen Lande wohnen; die Wahlordnung ist aber just mit Rücksicht auf diesen Zustand von den Deutschenhassern so zugeschnitten worden, daß wir mundtot verbleiben.

In den westlichen Grenzgebieten Polens (Pommernellen), das Posensche und Polnisch-Oberschlesien) sind unsere Aussichten etliche deutsche Senatoren (wahrscheinlich 3 bis 4 Mann) nach Warschau entsenden zu können bedeutend besser, als in den übrigen 13 Wojewodschaften, (Kongresspolen, Galizien, Wolhynien, Polnisch-Litauen und Weißrußland). Für alle diese riesenhaft großen Gebiete bekommen wir nur einen einzigen deutschen Senator; und zwar genügt die Anzahl der Deutschen, welche in der Wojewodschaft Lodz ansässig sind, gerade um einen einzigen Senator für sich wählen zu können. Die übrigen 650 000 Deutschen Polens, welche früher russische oder österreichische Untertanen waren, sind dieser Möglichkeit beraubt.

Allein daraus ergibt sich schon die heilige Pflicht der gesamten deutschen Bevölkerung der Lodzer Wojewodschaft (die Kreise Lodz, Konin, Petrikau und Kalisch) vollzählig am 12. November zur Wahlurne mit dem Zettel Nr. 16 zu schreiten. Das Fehlen einer einzigen Stimme zur erforderlichen Anzahl (60.000?) kann den Verlust dieses einzigen deutschen Senatsitzes für das ganze Deutschland, in dem ehemals russischen und zugleich auch in dem österreichischen Teilgebiete verursachen. Daß dieses ein großes Unglück für uns alle sein würde — braucht man nicht erst zu unterstreichen.

Sicherlich werden die Senatoren des östlichen Ausschüsse bilden, um an Ort und Stelle verschiedene Uebergriffe der örtlichen Behörden zu untersuchen und die Schuldigen sofort ihres Amtes zu entheben. Wir wissen, daß gerade die deutsche Minderheit sehr viel von dergleichen Uebergriffen im Laufe der letzten Jahre zu leiden hatte. Hoffentlich wird der Senat diesen Zuständen überall ein Ziel zu setzen versuchen. Wie schön wäre es dann, wenn die deutsche Minderheit bei Gelegenheit solch einer Senatorenrevision unter den gefahrengekommenen Mitgliedern des Revisionsausschusses ihren eigenen Stammesbruder erblickte! Einen deutschen Senator, den wir uns selbst gewählt haben, dem wir voll und ganz vertrauen und dem unser Wohl und unsere Leiden

an's Herz gewachsen sind. Und schön wird es sein, wenn dieser von uns gewählte Verteidiger unserer Interessen dieselben auch tüchtig zu verteidigen verstehen wird, indem er seine Bildung, seine sachmännischen Kenntnisse und seine Weltkenntnis zu unserer Verfügung stellen wird, um uns in gewandter Weise, wo es Not tut zu unterstützen, zu beraten und zu beschirmen.

Dr. E. von Behrens.

Vier Jahre Toleranz, Sejm und Regierung.

Von Otto Graf, Lodz.

Der Schrei des Volkes nach einer starken Regierung durchbraut heute das ganze Land. Sogar in dem zu Polen gefallenem Teile Oberschlesiens, das ich vor kurzem bereiste, erwartet alles voller Ungebuld eine Aenderung zum Besseren. Man ist davon überzeugt, daß nur eine Regierung, die Rückgrat und Autorität besitzt, imstande sein wird, die mit Riesenschritten fortschreitende Zerrung zu hemmen, dem weiteren Fall der Mark ein Ziel zu setzen und dem Chaos sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Leben Halt zu gebieten.

Alle bisherigen Regierungen konnten dieses Ziel nicht erreichen.

Als die Warschauer und ober-schlesische Arbeiterchaft gegen eine Korsantj-Regierung demonstrierend durch die Straßen zog, geschah das unter der Losung „für Gerechtigkeit und Freiheit und zur Verteidigung der Demokratie und der Verfassung“. Als aber bald darauf die Warschauer Bourgeoisie und die ober-schlesischen Nationalisten gegen Pilsudski — also für eine Korsantj-Regierung — mit Geloh, Paukenschlag und Trompeten durch die Straßen zogen, geschah auch das unter der Parole „für Gerechtigkeit und Freiheit und zur Rettung der Demokratie und der Verfassung“. Wie man sieht, sind die Begriffe „Gerechtigkeit und Freiheit“ und „Demokratie und Verfassung“ bei uns sehr verschieden verstanden worden. Welche Freiheit, Demokratie und Verfassung die Nationalisten mit Korsantj an der Spitze uns Minderheiten geben würden und was sie uns gegenüber als „Toleranz“ bezeichnen, davon ist schon viel geschrieben und gesprochen worden. Wenn die Herren National-Demokraten, die sich zur Wahl zum Sejm und Senat zu einer Gruppe (Gyäne) vereinten, das Best der Regierung in die Hand bekämen und eine national-demokratische Regierung in Polen bilden würden — dann ist es aus mit dem Fortschritt in Polen!

Die bisherigen 4 Jahre Polens waren uns Minderheiten wenig günstig. Die meisten Gesetze kamen aus national-demokratischem Lager, auch

war der Sejm alles andere, als eine wirkliche Vertretung der einzelnen in Polen lebenden Nationalitäten. Flüchtig vorbereitet fanden zuerst Wahlen nur in Kongresspolen und Westgalizien statt. Später folgte eine Nachwahl in Pommerellen. Wie stand es dagegen mit dem Posener Gebiete, Ostgalizien, Oberschlesien, Wilna und Ostpolen? Diese Gebiete waren bisher willkürlich von reinen National-Polen vertreten, so: 1. das Posener Gebiet durch Führer der dortigen ohne Wahlen gebildeten sogenannten „Volksräte“ rein polnischer Nationalität; 2. Ostgalizien durch die früheren Mitglieder des österreichischen Parlaments, soweit sie Polen waren; 3. Wilna durch eine rein polnische Ordnung und schließlich das gewaltige Ostpolen durch niemand.

Das soll nun anders werden durch die Wahlen zum neuen Sejm und ersten Senat. Es soll — aber wird es auch anders werden? Die polnische Reaktion — wieder waren es die Nationaldemokraten mit Korsantj und Lutoslawski an der Spitze — ist in ihrem blindwütigen und für den Staat verderblichen Haß gegen alles Nichtpolnische soweit gegangen, daß sie uns Minderheiten sogar des Rechtes beraubte, unserer Einwohnerzahl entsprechend eigene Vertreter zu wählen. Die polnische Reaktion will nicht zulassen, daß auch nichtpolnische Abgeordnete in den Sejm und Senat gelangen. Sie will aus dem Nationalitätenstaate einen Nationalstaat machen und hat zu diesem Zweck ein Wahlgesetz geschaffen, das auf uns Minderheiten nicht die geringste Rücksicht nimmt, das unsere Rechte mit Füßen tritt und uns allmählich abwürgen soll. Dieses Wahlgesetz ist der erste Schritt zu unserer Vernichtung. Weitere Schritte in dieser Richtung werden folgen oder sind bereits gefolgt. Einige will ich hier anführen:

Während meiner Anwesenheit in Oberschlesien wohnte ich dank der Liebenswürdigkeit eines mir bekannten deutschen Abgeordneten der Eröffnung des ersten Oberschlesischen Sejms bei. Mit Entzückung hörte ich dort die Verlesung eines Antrags der Korsantj-Gruppe, der als erster in den Sejm eingebracht wurde und der den ober-schlesischen Abgeordneten deutscher Abstammung und Sprache einfach das Recht abspricht, Alters-Präsident des Sejms oder Sejm-Marschall werden zu können, wenn sie auch mit Stimmenmehrheit hierzu gewählt werden sollten. Ein Pfuirer trat durch die Reihen der Zuhörer und der deutschen Abgeordneten. Ein deutscher Abgeordneter bestieg die Rednertribüne und entfaltete seine Redefunst, um mit Hilfe des Minderheiten-Schutzgesetzes, des Friedensstrafgesetzes sowie des Sondervertrages zwischen Polen und Deutschland die polnischen Abgeordneten davon zu überzeugen, welches Unrecht sie dem eigenen Staate zufügen, wenn dieser unbefonnene Antrag, der die ober-schlesischen Bürger deutscher Sprache zu Bürgern zweiter Klasse stempelt, Annahme finden würde. Alle diese Darlegungen wurden von polnischer Seite nur höhnisch-lächelnd angehört und der Antrag mit 34 polnischen gegen 14 deutsche Stimmen angenommen.

Sind zu solcher „Toleranz“ noch Kommentare nötig? — — — Das ist aber noch nicht alles. Drei Tage nach Eröffnung des ober-schlesischen Sejms wurde ein zweiter dem Abkommen mit den Schutzmächten widersprechender Antrag derselben Korsantj-Gruppe eingebracht und ebenfalls mit 34 gegen 14 Stimmen angenommen, der die Beantwortung von Anfragen seitens der Abgeordneten in deutscher Sprache verbietet. Soweit ist es also schon in Oberschlesien gekommen, daß ein deutschsprechender Abgeordneter auf seine deutsche Anfrage im Sejm keine ebenfalls deutsche Antwort erhalten darf. Wo bleibt hier die den Oberschlesiern viermal verbriefte Sprachenfreiheit im Parlament, Gericht, Kirche, Schule und Haus?

Diese Schritte der polnischen Reaktion zur Vernichtung und Vergewaltigung der völkischen Minderheiten in Polen stehen keinesfalls vereinzelt da. Im Gegenteil, man könnte ganze Bücher über die „traditionelle Toleranz“ dieser Herren und Minderheiten gegenüber schreiben.

Mit allergrößter Eile verfolgten viele deutsche Bürger Polens, Westpreußens, Posens und Schlesiens, die nicht zur damaligen russischen oder deutschen Reaktion gehörten, vor Jahren den Kampf ihrer Mitbürger polnischer Abstammung um ihre Minderheitsrechte und Muttersprache. Alle linksstehenden Parteien bis zur Mitte unterstützten diesen Kampf nach besten Kräften. Mit Erkennen müssen aber diese ehemaligen Sympathisier der polnischen Minderheit jetzt nach Jahren erfahren, wie sich diese damaligen polnischen Minderheitskämpfer ihren Mitbürgern nichtpolnischer Nationalität gegenüber gebärden. Vergessen ist alles, was sie feinerzeit brühten; jetzt wollen sie die Herren, jene aber sollen Knechte sein!

Das Wahlgesetz schlug dem Fuß den Boden aus. Die Bürgerrechte aller nichtpolnischen Nationalitäten Polens werden durch dieses Wahlgesetz mit Füßen getreten. 40 Prozent der Gesamtbevölkerung Polens sollen nach diesem Rechenkunststück der polnischen Reaktion höchstens 10 Prozent Mandate in Sejm und Senat erhalten. Während man in rein polnischen Teilen des Landes den Wähler-Zähler auf etwa 44000 Stimmen berechnete, hat man den Zähler in Pommerellen, wo verschiedene Nationalitäten wohnen, auf 67000 Stimmen und in den Ostgebieten, wo etwa 90 Prozent Russen, Juden, Ukrainer, Weißrussen und Deutsche wohnen, dagegen nur bis 10 Prozent wirkliche Polen, sogar auf sage und schreibe 111000 Stimmen für ein Mandat festgesetzt!

So steht die „traditionelle Toleranz“ der polnischen Reaktion uns Minderheiten gegenüber aus! Abwürgen wird man die Minderheiten in Polen, wenn sie sich nicht einig werden und geschlossen zur Wehr setzen. Steht die „Chjena“ (siehe Nr. 8), so sind die Minderheiten verloren.

Der Bloß der Minderheiten (siehe Nr. 16) steht auf dem Boden der Staatlichkeit der Republik Polen. Er bedeutet keinesfalls eine Kampfesanklage gegen die Regierung, wie dies die polnische Reaktion so gern hinstellen möchte. Die Minderheiten wollen Mitspracherecht und Mitträger ihres eigenen Geschickes sein.

Unsere politischen Feinde.

Von Dipl. Ing. Emil Jerbe.

Als ungeachtet des verzweifeltsten Widerstandes der polnisch-chauvinistisch-reaktionären Eliten ihre geschwächte Position im Sejm durch Gewaltmittel stärken wollte, Neuwahlen für den Sejm und Senat ausgeschrieben wurden, da überkam alle das Wahlfieber.

Alle gingen an die Arbeit: die politisch Aufgeklärten, sowie die politisch Indifferenten, denn man erkannte endlich, was auf dem Spiele steht. Der Weg, den Polen in der inneren sowie in der äußeren Politik in den folgenden 5 Jahren einschlagen soll, muß gebahnt werden. Und das Wahlleben entbrannte. Es entstanden Zentrals- und Bezirkswahlkomitees, Kommissionen und Sekretariate.

Der Beweggrund dieses unter politische Hochspannung geleiteten Lebens ist klar und verständlich, handelt es sich doch um die Geschicke unseres Landes und somit auch um das Wohl seiner Bewohner, die sich in ihm als bodenständig betrachten. Die politischen Parteien stehen vor großen Aufgaben. Jede möchte durch das Wahlergebnis größten Einfluß auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes gewinnen.

Die Piraten des politischen Lebens, die Herrschaften vom „Christlichen Verband der Nationalen Einheit“ (Chjena), versuchten ihren Kampf gegen ein demokratisches, freiherrliches Polen in den Mantel überschäumender Vaterlandsliebe zu kleiden. Da ist kein Wort, das nicht „im Interesse des Vaterlandes“ gesprochen oder geschrieben wird. All ihr Tun und Lassen geschieht aus „Liebe zum Vaterlande“. Schon immer haben diese Kreise unter falscher Flagge ihr Unwesen getrieben. Ihre Eroberungspolitik, die Verneinung und Hintertreibung der Friedensmöglichkeiten, endlich ihre untilgbare Schuld an der Knechtung der nationalen Minderheiten — das alles taten sie „im Interesse des Vaterlandes“ und im Dienste des Fortschritts und der Kultur“.

Das bisherige Wirken der Parteien der „Chjena“ ist — und außerhalb des Sejms beweist uns, daß die Lutoslawskis, Glowinski und Korsantj würdige und gelehrige Schüler ihrer nichtpolnischen Vorgänger sind und auch fürs weitere zu bleiben gedenken. Die Wahlordnung, der geradezu klassische Sturm-lauf gegen Republik und Verfassung sind „Kultur-taten“ die wohllich verwirgt werden müssen, da alles dies ja „aus Liebe und im Interesse des Volkes geschieht!“ Selbst die „Kozwuj“-Gesellschaften, Korsantj-Kozwuj, von der polnischen Reaktion besetzte Defensionsabteilungen geben vor, „im Interesse des Vaterlandes“ zu handeln, und sie empfangen dafür den Beifall gewisser Kreise.

Und auf wirtschaftlichem Gebiete wird gefordert „im Interesse des Vaterlandes“ und „im Interesse der Ruhe und Ordnung“ die Knechtung des schaffenden Volkes, wird gekämpft gegen die Einkommen- und Besitzsteuer, gegen die Erfassung der wirklichen Werte. Die „verzweifelte Notlage unseres Vaterlandes“ gebietet von dem starren Festhalten an den Lebensbedingungen des schaffenden Volkes Abstand zu nehmen, da dies nur „im Interesse des Allgemeinwohles“ liegen würde.

So muß das arme Vaterland für die politischen Machtgelüste der Merkmalen „Chjena“ herhalten. Das ist der Dösel! Schändlicher ist mit den Begriffen „Vaterland“ und „Christlich-nationale Einheit“ nie Mißbrauch getrieben worden. Sie sprechen von den Interessen des polnischen Staates, und meinen ihre eigenen persönlichen Interessen. Die Begriffe werden in eigenes Wohlergehen umgefälscht. Und diese Uebung ist den nationalitätlich-merkmalen Herrschaften so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie dies als ganz selbstverständlich halten.

Über die beiden sogenannten Zentrums Wahlvereinigungen „Centrum Polskie“ (siehe Nr. 12) und „Centrum Mieszożanski“ (siehe Nr. 14) von Skulski und Rossel ist nicht viel zu sagen. Es sind dies Gruppierungen derselben Färbung, wie die „Chjena“, nur die Firmenbezeichnung ist eine andere. Aus wahltechnischen Gründen trennte sich die Skulski-Partei, die bei den vorigen Wahlen als National-Demokraten in den Sejm zogen, von dem rechten Bloß. Daß sie eins sind in allen wichtigen Fragen, haben wir in der Vergangenheit gesehen und werden dies auch in der Zukunft beobachten können. Das „Centrum Polskie“ will laut dem Belehren seiner Schöpfer, in Endetracht der entfallenen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe „in der Mitte stehen“. Wenn diese beiden Zentrumsgruppen, die auf dem Boden Kongresspolens einen Wahlbloß geschlossen haben, in den Maneranschlägen als „gemäßigte Parteien“ bezeichnet werden, so sagt dies noch immer nichts von deren Ziele. „Potega państwa może być osiągnięta tylko przez zwycięstwo idei umiarkowanego narodowego centrum“ (Die Machtstellung des Staates kann nur durch den Sieg der Idee des gemäßigten nationalen Zentrums erreicht werden).

Wo ist hier eine Idee? Ist das nicht nur Schaum schlagen während der Wahlzeit?

„Centrum Polskie“ und „Centrum Międzywojewódzkie Narodowe Postępowe“ sind Parteien des polnischen Bürgertums. Die Parole „Ojczyzna i postęp“ soll zum Wahlzuge verhelfen. Fürs „Vaterland“ wünscht man die Polonisierung der Städte, für den „Fortschritt“ glaubt man sich einzusetzen, wenn ein Trennungstrieb zwischen sich und der Reaktion gemacht wird. Wir sind eine bürgerliche Partei, aber zugleich sind wir eine national fortschrittliche Vereinigung, wirklich fortschrittlich, und deshalb können wir uns mit denen, die keine sozialen Änderungen wünschen, nicht vereinigen. Wir arbeiten auf gegenseitiges Verstehen hin, fordern gegenseitige Nachgiebigkeit, Kompromisse und wollen wie Republikaner und Fortschrittler handeln.“

Wohl zur Befristigung dieses Wahlbekenntnisses hat Hoffet als erster bei der letzten Ministerkrise die Kandidatur Korsantys aufgestellt und zum Schaden des Landes bis aufs äußerste verteidigt. Oder war vielleicht das Mißtrauensvotum für Nowak vom Geiste der Nachgiebigkeit befeelt?

Soll man noch mehr Beispiele zur Belichtung des jämmerlichen Mißbrauchs, welche jene Kreise mit dem Worte „Vaterland“ treiben, anführen? Möglich wäre es, erübrigt sich aber, da die Gefahren, die uns als nationale Minderheiten drohen, schon allgemein erkannt worden sind.

Können Ihr, die Ihr in nationaler Hinsicht, die „Mühseligen und Beladenen“ seid, jetzt schweigen? Nein! Seht Ihr nicht, daß Ihr jetzt notwendig seid? Geduldet, daß nicht der der Meistritz ist, der beginnt, sondern der, der endigt“. Und bewußt der Wichtigkeit des Augenblicks geworden, arbeitet und wehrt für die Rechte des Minderheitenblocks, für die Rechte der nationalen und sozialen Minderheiten, für ein freies demokratisches Polen, in der ein jeder zu seinen verbrieften Rechten gelangt.

Nur wenn alle stimmen, können wir einen glänzenden Sieg gewinnen!

Deutsche! Erfüllt Eure Pflicht! Stimmt geschlossen für die Liste 16. Aus der Not ist sie geboren, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung wird sie uns bringen.

Unsere Kandidaten.

III.

Sejm Kandidat des Bezirks Konin
Josef Spickermann.

Herr Josef Spickermann ist am 6. März 1870 in Bloto bei Alexandrow geboren. Nach Beendigung einer Lodzer Schule bildete er sich hier zum Tischler aus und ging dann nach Deutschland, um sich in seinem Fache zu vervollkommen. Nach Lodz zurückgekehrt, arbeitete er in verschiedenen Tischlerwerkstätten des Landes, zumeist aber in Lodz, machte sich als bald selbstständig und führte 18 Jahre lang eine eigene Tischlerei. Nach Aufgabe dieses Handwerks ging er zum kaufmännischen Beruf über, in dem er Gelegenheit hatte, weite Reisen im europäischen und asiatischen Rußland zu unternehmen und Land und Leute kennen zu lernen.

Der Gemeinde Baluty widmete Herr Josef Spickermann 15 Jahre lang unermüdete Tätigkeit, indem er für das Wohl der Einwohner dieses Lodzer Vorortes bis zu seiner Eingemeindung eintrat. Aber auch dem Vereinstwesen brachte er überaus reges Interesse entgegen. Er war nicht nur Mitglieb zahlreicher Berufs-, Gesang und Sportvereine, sondern gab selbst den Anstoß zur Gründung neuer Vereine. Der Lodzer Tischlermeister-Zunftung gehörte er 24 Jahre an.

Bei Ausbruch des Krieges stellte er sich unge-

säumt in den Dienst der Öffentlichkeit, indem er ein Vorsteheramt in der Bürgermiliz annahm und auf diesem verantwortungsvollen Posten bis zur Auflösung der Miliz ansharrte. Ferner war er Vorsteher des 1. Bezirks des Fürsorgekomitees.

Neben dem Seminaroberlehrer Ludwig Wolff war Herr Spickermann lange Zeit das einzige deutsche Mitglied der polnischen konstituerenden Versammlung. Kein Wunder denn, daß er ein gerüttelt und geschüttelt Maß schwerer Arbeit für seine Volksgenossen zu erlebigen hatte. Als der Bund der Deutschen Polens geschaffen wurde, wurde er in das Ehrengericht desselben berufen. Als Synodaler kämpfte er manchen harten Strauß für das Deutschtum in der evangelisch-lutherischen Kirche Polens aus.

Sejm Kandidat für Wolhynien Otto Somschor.

Herr Otto Somschor wurde im Jahre 1879 in Biczewo, Kreis Bpno, geboren, wo sein Vater Volksschullehrer war. Mit 17 Jahren bezog er das evang. Lehrerseminar in Warschau und beendete dasselbe im Jahre 1901 mit dem Patent als Stabtlehrer. Von 1901 bis 1902 war Herr Somschor Lehrer in Modzerowo, Kreis Błocławek, wo er auch sein Examen als Hauslehrer der deutschen Sprache machte. Daraufhin wurde er als Lehrer der deutschen Sprache und Erzieher an die staatliche Realschule in Sosnowice berufen. Nach einem Jahre ging er an die Alexander-Schule über, um mehr Zeit und Gelegenheit zur Fortbildung zu gewinnen. Im Jahre 1908 bestand er das Examen als Lehrer der Buchführung und deutschen Handelskorrespondenz, nachdem er vorher das Handelsinstitut Siebner in Kattowitz absolviert und zwei Semester an der Handelschule zu Breslau als freier Hörer gemacht hatte. Daraufhin war Herr Somschor mit größeren Unterbrechungen bis zum Jahre 1918 als Lehrer der deutschen Sprache und Handelswissenschaften am Gymnasium zu Tschernochan, an der Handelschule zu Mława, in einigen Gymnasien und mehreren Handelskursen in Warschau tätig. Die Unterbrechungen bewährte er, um 2 Semester der Vorlesungen als freier Hörer für Soziologie an der Universität in Brüssel beizuwohnen. Außerdem besuchte er während dreier Sommerferien die Ferienkurse für Lehrer in Kremsburg, Leipzig und Dresden. Zu Beginn des Jahres 1914 gab Herr Somschor seine pädagogische Tätigkeit auf und ging zur Industrie über, und zwar als Mitinhaber der Firma Fab. Wilinski u. Co. (Fabrik für Büroartikel).

Während des Krieges war Herr Somschor 1½ Jahre Bürgermeister der Stadt Rypin, dann Landwirt zu Michalki und zuletzt Sägewerksbesitzer in Rosciska, Kreis Rypin. In der Zwischenzeit nahm Herr Somschor regen Anteil an der Schaffung des Genossenschaftswesens, des Deutschen Vereins und des Landesschulverbandes in Polen. Im Jahre 1919 lehrte er nach Warschau zurück, wo er die Firma Fab. Wilinski u. Co. in eine Aktiengesellschaft umwandelte, deren Aktionär und Mitglied des Aufsichtsrates Herr Somschor bis zum heutigen Tage ist.

Das politische Abc.

Von Dr. E. v. Behrens.

IV.

Die Waffe, der sich die Chauvinisten den völkischen Minderheiten gegenüber bedienen, ist eine recht gemeine. Man ist bemüht z. B. uns Deutschen, die wir doch die besten und treuesten Bürger dieser Republik sein wollen, dahin zu verleumden, daß wir schon dadurch allein unsere staatsverräterische Gesinnung kundgeben, weil wir uns nicht Polen, sondern Deutsche, die wir doch

in Wirklichkeit sind, nennen. Man verwechselt hier in böswilliger Weise zwei ganz verschiedene Begriffe; die Staatsangehörigkeit einerseits und die Volksangehörigkeit andererseits. Der Bürger des österreichischen, des Deutschen oder des Polnischen Reiches kann seinem Volkstum nach entweder ein Deutscher oder ein Pole sein. Und umgekehrt — man kann z. B. ein Angehöriger des Deutschen Reiches sein und dabei doch dem Geblüte nach ein Pole bleiben. So ist es auch im deutschen Reich; eine große Masse deutscher Bürger bekennen sich stolz zum polnischen Volkstum, nicht aber zum Deutschtum, und niemand nimmt ihnen dieses übel. So dürfen und sollen auch alle deutschen Bürger Polens nie ihr Volkstum verleugnen, wenn unvernünftige Polen sie auch dafür „Hakatischen“, „Irredentisten“, „Separatisten“ und „Feinde des Staates“ schimpfen sollten.

Diese politischen Schimpfworte wollen wir hier beiläufig erklären. Das Wort Separatist bedeutet zu latein einen Menschen, der sich „abseits“ von der großen Masse hält und nicht mitmachen will, wo es allen Bürgern um das Wohl des Staates geht. Wir Deutschen möchten schon gerne als Beamte und Offiziere, Wojewoden und Minister hierzulande am Aufbau unserer Republik mitarbeiten. Nur leider läßt die polnische Mehrheit uns nicht zu. Ja, sogar in den Sejm und in den Senat ist man vermittels einer ungerechten Wahlordnung bemüht gewesen, uns den Zutritt zu versperren. Was doch eine offenbare Verletzung der Demokratie und der republikanischen Grundzüge ist!

Irredenta heißt in italienischer Sprache „der noch nicht vom fremden Joch erlöste“ Volkspflücker. So z. B. behaupten die polnischen Chauvinisten auch jetzt noch, daß die mazarischen Teile Ostpreußens, Schlesiens, Pommern und sogar die Länder an der Elbe, wo spärliche Ueberreste der slawischen Urbevölkerung noch vorzufinden sind, eine polnische Irredenta bilden. Sie meinen, es soll einmat in der Weltgeschichte die Stunde schlagen, wo alle diese Länder zu Polen fallen werden. Solche Pläne sind sehr ähnlich den Träumereien etlicher deutscher Chauvinisten, die da behaupten, daß die Warte und die Weichsel zu Deutschland kommen müssen, weil sie doch seit jeher deutsche Namen tragen und weil an ihren Ufern vor 1500 Jahren durchweg eine deutsche Bevölkerung (die altgermanischen Stämme der Schwaben, der Vandalen, Heruler und Silingen oder Schlesier) ansässig war.

Das Wort „Hakatischen“ wurde von den Polen durch den Zusammenschluß der Anfangsbuchstaben der Namen dreier deutscher Männer gebildet, nämlich der Herren Hannemann, Kennemann und Tidemann. Diese drei Preußen haben vor einigen 30 Jahren eine Genossenschaft gebildet, welche sich zur Aufgabe machte, von polnischen Grundbesitzern in Posen und Pommern ihre Ländereien aufzukaufen und sie an Kolonisten rein deutscher Abstammung wieder zu verkaufen, um auf diese Weise die Ostmarken Deutschlands enger an dasselbe zu ketten und der slawischen Irredenta entgegenzuarbeiten. Selbstverständlich wurden diese Germanisatoren (Verdeutscher) von den Polen von ganzem Herzen gehaßt. Diese alte preussische Polenfreude hat sich an ganz Deutschland 1918 bitter gerächt. Schade, daß die polnische Mehrheit aus dieser Lehre, welche uns die Geschichte aufweist, für sich gar keinen Nutzen ziehen will. Wir sehen jetzt an den westlichen Grenzen unserer Republik eine mächtige Genossenschaft wirken, welche sich „Związek Obrony Kresów Zachodnich“ (O. K. Z., also „Okazisten“ nennt und mit Hilfe der Warschauer Regierung genau in einer noch schlechteren Weise die deutschen Landansiedler verdrängt, wie es vordem die preussischen Herren von der „H. K. T.“ mit Hilfe der Berliner Regierung betrieben haben.

16! Deutsche! Heute stimmt in ganz Polen für die Liste 16!

Wenn verschiedene hiesige Hitzköpfe uns, die Deutschen Kongresspolens, mit Vorliebe „Hakatifken“ nennen, so ist dies eine simple Dummheit, denn die Gesellschaft „Hanneman—Kennemann—Eidemann hat nie ihre Tätigkeit auf die zu Rußland gehörenden polnischen Gebiete ausgebreitet.

Es ist bedauerlich, daß eine solche Heße gegen uns Deutsche nicht nur von manchen Stockpolen betrieben wird, sondern auch von Leuten deutscher Abstammung, welche wie Judas den Heiland, ihr Deutschtum jetzt verleugnen und zu Renegaten (Ueberläufern ins feindliche Lager) wurden. Dieses sind diejenigen Deutschen, welche sich Assimilatoren nennen. Das Wort „assimilieren“ ist ein lateinisches Wort und bedeutet: gleichmachen. Der momentanen Vorteile wegen zieht es so mancher Schwächling vor, sich vom eigenen Geblüt loszufagen und sich als Polen aufzuspielen. Diese Leute meinen, daß wenn man mit Wölfen zu leben hat, man mit ihnen heulen müsse. Für das Linsengericht der Bequemlichkeit und des materiellen Vorteils streifen sie ihr angeborenes deutsches Erstgeburtsrecht ab, verstümmeln ihre schönen urdeutschen Namen und werden oft zu den schlimmsten Verfolgern ihrer Stammesbrüder. Selbstverständlich verachtet solche Renegaten jeder ehrliche Pole in der Tiefe seiner Seele, wenn er es auch ihnen aus Höflichkeit nicht gleich zeigt.

Jedoch nicht alle Polen sind so ehrlich. Ja, es gibt unter ihnen ganze politische Parteien, welche solche Renegaten gern unterstützen und gegen ihre Stammesbrüder als Werkzeug der gewalttätigen Polonisation (Verpolung) benutzen, besonders wenn diese eine einflußreiche Stellung in Kirche oder Schule einnehmen. Man schmückt sie mit Ordenssternen, mit Titeln, man verleiht ihnen Rang und hohe Gehälter aus der Schatzkammer des Staates. So war es in Polen auch bisher, wo die rechtsstehenden Parteien der Narodowa Demokracja Oberwasser im Sejm und in der Regierung behielten. Nach den Neuwahlen wird dies sicherlich anders werden, da vernünftiger polnische Politiker und der Minderheitenblock dann bessere Ordnung im Staate einführen werden, nachdem sie im Sejm die Mehrheit für sich errungen haben.

Es ist sehr wichtig, daß wir uns durch den bloßen Klang der Parteibenennung nicht täuschen lassen. Die Parteiführer wählen für ihre Parteien auf hinterlistige Weise stets die aller schönsten Namen, um die Masse der wählenden Bürger für sich zu gewinnen. Im letzten Sejm hat die „völkisch-demokratische“ Partei das große Wort gehabt und unserer Republik nichts weniger als wirklich demokratische und für das Volk segensreiche Gesetze geschenkt. Es wäre viel richtiger, wenn diese zahlreiche Partei sich „Chauwinistisch-Demagogische“ Partei nennen würde. Ein Demagog heißt nämlich auf altgriechisch — Volksverheher. Die „Narodowi Demokracja“ haben im Laufe der letzten vier Jahre nichts anderes getan, als das Volk gegen seine deutschen, jüdischen und russischen Mitbürger verhetzt und die heiligsten Grundlagen der wahren Demokratie durch schlechte Regierung, gefälschte Wahlordnung und durch Verleumdungen in den Zeitungen untergraben.

Wenn auch andere Parteien mit schön klingenden Namen, wie z. B. „Wyzwolenis“ (Befreiungspartei), oder „die Polnische Volkspartei“ oder — „die Arbeitspartei“, — die Partei der staatlichen Einheit“ (P. U. P., zu der auch der Generalsuperintendent, Assimilator, Bischof und Ritter des Polnischen Adlerordens) gehört, oder auch die „Partei der Staatsverfassenden Arbeit“ an den deutschen Wähler und Bürger dieser Republik herantreten sollten und ihn darauf hinweisen, daß ihr

Programm der künftigen Politik nichts als die schönsten und edelsten Vorsätze enthalte, so soll man ihnen nicht blindlings Glauben schenken, sondern vor allem die Leute prüfen, die diese Parteien als Führer vertreten. Denn es gibt keine einzige politische Partei, welche uns da nicht goldene Berge für die gesamte Bürgergemeinschaft verspräche. Darin sind sich alle Parteien gleich. Und haben auch gerade diejenigen Parteien, welche die unerfüllbarsten Programme dem Volke vorspiegeln, wie z. B. die Sozialisten-Parteien und noch mehr die Kommunisten-Partei, welche die Armut und das menschliche Elend, die Knechtung und jegliche Ungerechtigkeit so leicht aus der Welt zu schaffen glauben, den größten Erfolg bei der leichtgläubigen Masse.

Als Prüfstein für den besonnenen Patriot (so heißt der Bürger, welcher aufrichtig dem Wohle seines Staates nachgeht), während der Wahlen sollte gerade die Bescheidenheit der Parteiprogramme und der Redner dienen. Diejenigen, die am wenigsten versprechen, halten dafür das meiste. —

Aus dem Leben unseres Staatschefs.

Don R. Henkel

Pilsudski schaffte den polnischen Organisationen hinter der deutsch-russischen Front die Befehle durch Vertrauensmänner hinüber. Die Organisationen zerstörten Eisenbahnlagen, Brücken, zündeten Munitionslager an und dgl.

Als die Russen aus Polen schon verdrängt waren und die Verhältnisse der Legionen in der österreichischen Armee immer ungünstiger sich gestalteten, überreichte Pilsudski am 20. September 1916 dem österreichischen Generalstabe die Demission. An die Legionen erließ er den Befehl der Demobilisation. Nun verstand ihn das ganze polnische Volk. Die Demission wurde angenommen. Der Legionenführer begab sich nach Warschau, die Legionen aber wurden sofort von der Front zurückgezogen.

In der Hauptstadt sowie auch im ganzen Lande und hinter der deutsch-russischen Front organisierte und verbreitete er jetzt die geheime „Polska Organizacja Wojskowa“ (P. O. W. — Prowiacy).

Obwohl die Legionen als solche den Deutschen und Oesterreichern gefährlich wurden, so verkündete man doch offiziell, am 5. November 1916, die Unabhängigkeit Polens. Als bevollmächtigtes Regierungsorgan ernannte man die „Tymczasowa Rada Stanu“, (Zeitweiliger Reichsrat), die vorwiegend aus schwachen Politikern bestand. Pilsudski wollte jedoch seine Absichten nicht fallen lassen, deshalb trat er als Militärreferent in die T. R. S. ein. Da aber im unabhängigen Polen nicht die polnische bevollmächtigte T. R. S., sondern die Okkupanten regierten, traute der Staatschef der Verkündigung nicht. Demzufolge trat er aus der T. R. S. aus, um in seinen Handlungen nicht gebunden zu sein und trat öffentlich gegen die deutschen Okkupanten auf. Seine Organisation, die P. O. W. wurde bald entdeckt. Die Deutschen forderten die Legionen auf, dem General-Gouverneur in Warschau o. Befehl Treue zu schwören. Hier trat die durch den Staatschef ihnen eingefloßte Idee zutage: der größte Teil der Legionen weigerte sich den Schwur abzulegen. Sie wurden in Szczyplorno interniert. Es dauerte gar nicht lange, so wurde auch Pilsudski unter dem Vorwande, daß er sich auf Grund falscher Papiere über die Front nach Rußland begeben wollte, verhaftet und nach Magdeburg ins Gefängnis gebracht. An Stelle der T. R. S. bildete man die „Rada Regencyjna“.

Ueber ein Jahr lang wurde Pilsudski im Gefängnis in Magdeburg gehalten.

Erst als sich die allgemeine politische Lage so gestaltete, daß sich die Mittelmächte am Vorabend der Niederlage befanden, wurde er freigelassen. Er traf, vom Volke enthusiastisch begrüßt, am 10. November 1918 in Warschau ein. Alle, auch die R. R., erkannten ihn als den rechten Führer Polens an und übergaben ihm das Ruder des Reiches. Am 12. November setzte, auf Befehl Pilsudskis, durch die P. O. W. die Vertreibung der Okkupanten aus Polen ein. Alles wurde ihnen weggenommen: sie mußten ihre Kanonen, Aeroplane, Munition und überhaupt alles, was für eine Armee nötig ist, in Polen zurücklassen.

Pilsudski berief jetzt eine Volksregierung, eine Regierung der Bauern und Arbeiter, der er die Eiderufung des Sejm anvertraute. Aber die Herren, die sich daran gewöhnt haben, über das gemeine Volk zu walten, wollten diese Regierung nicht anerkennen und weigerten sich, Geld zu geben. Der Staatschef war gezwungen, diese Regierung aufzulösen und eine solche einzuberufen, in der alle Schichten der Bevölkerung vertreten sind. Pilsudski wollte sich ausschließlich nur mit militärischen Sachen befassen, aber der Sejm nahm seinen Antrag nicht an, und er mußte weiter auf dem Posten des Staatschefs bleiben.

Die alte Tracht.

Da sich ich vor dem Kleiderkasten
Und beinah' sträubet sich die Hand,
Vorwichtig jetzt hineinzutasten
In alten unmodernen Tand.
Tand? Nein, das Wort laß ich nicht gelten,
Es hiesse pietätlos schelten
Manch ehrenwertes lieb' Gewand!

Sieh' diesen Rock mit krausen Falten!
Großmutter hat sie einst gelegt!
Das ist noch einer von den alten,
Wie ihn kein Weib von heute trägt.
Zwei Ellen mißt er in der Länge
Und wie des Tuches reich, Menge
Weitbauschig um die Hüfte schlägt!

Das ist ein Staatsrock sondergleichen!
Großmutter hat es oft erzählt:
Sie trug den blauen Faltenreichen,
Als sie sich hoffnungsfroh vermählt.
Sie trug ihn dann an Feiertagen
Und hat als Greisin ihn getragen,
Als starb, der sie zum Weib erwählt.

Und dieses „Mühchen“ *, kurz u. zierlich
Lila mit dunklen Sternchen drin,
Wie stand es damals so manierlich
Der lieben, schönen Trägerin,
Da sie nach alter guter Sitte
In ihrer teuern Eltern Mitte
Schritt munter zu dem Tanzplatz hin.

Doch auch die Hauben muß ich loben,
's sind ihrer eine ganze Zahl!
Die steifgestärkte weiße oben,
Die trug sie bei dem Abendmahl.
Und stattlich war sie anzuschauen,
Wenn sie in dieser himmelblauen
Sich züchtig drehte in dem Saal.

Das weißgeblümete schwarze Häubchen,
Das stand ihr bei der Arbeit schön;
So hab ich sie, als altes Weibchen
Im Sessel sitzend, oft geseh'n.
Ich sah sie so die Nadel führen,

* Mähgen nannte man im nassauischen Ländchen das anliegende Mieder.

Kattun mit vielen Schnörkeln zieren,
So sah ich sie das Spinnrad dreh'n.

Doch längst die Zeiten sind verschwunden
Und auf dem Speicher steht das Rad.
Jüngst hat es dort mein Sohn gefunden,
Wie der sich da gewundert hat!
Als Spielzeug hat er's angesehen,
Und lustig fing er an zu drehen
Das längst vergess'ne alte Rad!

Laß Spindel und laß Spule ruhen,
Zum Spiel ist dieses Rad zu gut!
Und was in buntemalten Trüben
Nun schon seit vielen Jahren ruht
Von alten, teuren Bauerntrachten,
Das sollst mit Ehrfurcht du betrachten,
Du junger Sproß' aus Bauernblut!

Heinrich Dieffenbach.

Wie in Konstantinopel vor hundert Jahren Lebensmittelwucherer bestraft wurden.

Aus den hinterlassenen Papieren eines Orientreisenden.

Was bedeutet jener Menschenhaufe zu Fuß, der, in zwei Reihen gestellt, die Begleitung eines Reiters auf einem reich verzierten Pferde bildet? Ach! Es ist der Istanbul-kadiffy oder Polizeimeister in Begleitung seiner Schergen; ich erkenne ihn an der Wage, die man vor ihm herträgt. Wir wollen ihm nachgehen, und man wird sehen, wie die Polizei in der Türkei verfährt.

Bei seiner Erscheinung verändern sich alle Gesichter dieser Bakales (Leute, die mit Lebensmitteln handeln) und einige verlieren sogar alle Fassung. Aus diesem Eindrucke, welchen die Anwesenheit einer obrigkeitlichen Person macht, sieht man leicht, daß man auf der einen Seite kein gutes Gewissen hat, und daß auf der anderen Parteilichkeit herrscht.

Die Begleitung macht vor einem griechischen Bäcker Halt, von dessen Stirn schon ein kalter Schweiß herabläuft. Sein Brot wird auf die unfeilige Wage getan, um es zu wiegen; vergebens steht der Angeschuldigte mit den Augen das Züngeln an der Wage an, wenigstens im Gleichgewichte zu bleiben, allein die Wagschale, welche seine Verurteilung enthält, steigt in die Höhe und das Urteil ist schon ausgesprochen. Der Schuldige erhält eine Lehre, die, wenn sie ihn im Grunde auch nicht bessert, ihn doch wenigstens aufmuntert, den Schein der Ehrlichkeit zu bewahren; dies muß für seine Kunden hinreichend sein. Daher werfen ihn zwei Tschiaus auf den Rücken, zwei andere heben ihm die Beine in die Höhe, die sie zusammenbinden und vermittels eines Stockes in gehöriger Höhe halten; zuletzt kommen zwei andere, mit geschmeidigen, aber starken Gerden versehen; diese teilen sich in seine Fußsohlen und jeder zählt ihm eine gewisse Anzahl Schläge auf, die man gravitativ nachzählt.

Der Richter behält während dieser Bestrafung eine ganz unerschütterliche Kaltblütigkeit, der Schuldige schreit, klagt zu Gott, aber es fällt ihm nicht ein, seine Henker um Schonung zu bitten, weil er weiß, daß selbst die Hölle mehr Mitleid hat. Wenn ihm hundert Schläge ausgezählt sind, und man ihm sagt, er solle sich daran „spiegeln“, so schleppt er sich hinkend in seinen Laden und bezahlt außerdem noch unter dem Namen einer Geldbuße die Mühe, welche man sich, ihn zu bessern, gegeben hat. Nunmehr nimmt er wieder seinen Rang in der Gesellschaft ein, als ob ihm nichts widerfahren wäre; er verliert weder einen Freund noch einen Gran von der Achtung, die er vorher genossen hat.

nen Weg fort, wirft ein forschendes Auge auf alle Gegenstände, die vor sein Forum gehören, und sucht schlechte Gewissen auf. Jener Bakale, wiederum ein Grieche, zieht jetzt die Aufmerksamkeit des furchtbaren Richters auf sich. Er hat behaupten gehört, dieser Kaufmann benutze den Mangel und verkaufe seine Lebensmittel über die festgesetzte Taxe. Dies ist ein Hauptverbrechen und mehr als hinreichend, sich vor seiner Bude, mit einem Stricke um den Hals, aufgehängt zu sehen; auch droht man ihm hiermit, indem man seinen Prozeß beginnt, der bald ein Ende hat. Ich kann mich nicht enthalten, Mitleid mit seinem künftigen Geschick zu haben; ich wende die Augen weg und gehe einige Schritte weiter, um den traurigen Austritt nicht mit anzusehen, zu dem man Anstalten trifft; allein, er findet nicht statt. Das Urteil ändert sich. Allem Anscheine nach hat der Schuldige Gnade von seinem mitleidigen Richter erhalten, daß seine Strafe in eine andere, nicht so schreckliche, verwandelt wird. Man legt die Werkzeuge zur Vollziehung derselben zurecht, welche in einem Nagel und in einem Hammer bestehen.

Man packt den Schuldigen, oder vielmehr, er überliefert sich selbst, indem er das Los, das ihn erwartet, im Vergleich mit dem, das ihn bedrohte, für ein Glück ansieht; man nähert ihn mit dem Kopfe seiner Haustür, an welche man ihn mit einem Ohre annagelt.

Eine große Menschenmenge versammelt sich um ihn, aber zerstreut sich auch bald wieder; jeder steht ihn an, denkt an sich und geht wieder fort.

Aus Welt und Heimat.

Der Zusammentritt der Synode. Wie wir hören, soll die Synode am 20. November in Warschau wieder zusammentreten.

Wabianice. Kirchenvorsteherwahl. Unter dem Vorsitz des Herrn Superintendenten B. P. Angerstein fand hier vorgestern eine Gemeindegemeinschafterversammlung der evangelischen Kirche statt, zwecks Wahl eines neuen Kirchenskollegiums. Von 20 vorgeschlagenen Herren wurden die nachfolgenden gewählt: Dr. A. Krusche, A. Falde, A. Stenzel, J. Filzer, O. Krusche, Rud. Drews, Hausmann, Felix Krusche, Matys, Stenzel.

Wrazuchy. Amtsjubiläum. Am 1. November feiert der in der Gemeinde sehr beliebte und geschätzte Lehrer und Kantor Herr Emil Selter sein 25jähriges Amtsjubiläum. Seine erste Lehrerstelle bekleidete Herr Selter im Sobyer Waisenhaus.

Warschau. Eine neue Stadt. Seit einiger Zeit befaßt sich die Warschauer Presse mit der Angelegenheit der Erbauung der Stadt Szobborow. In unserer Zeit, in der der Bau eines einzelnen Hauses zu einer Sensation für die ganze Stadt wird, erregt ein derartiges Unternehmen natürlich Zweifel. Die neue Stadt, deren Bau in diesem Jahre angefangen wurde, soll nach westeuropäischem Muster erbaut werden und eine Art Gartenstadt darstellen. Die Unternehmer planen im nächsten Jahre an 100 Villen aufzustellen, die größtenteils von Warschauer Finanzleuten bestellt wurden. Da die Stadt in der Nähe Warschaws liegt, glaubt man, daß das Unternehmen die Wohnungsnot in der Hauptstadt lindern wird. Man darf darauf gespannt sein, die Höhe der Miete für die neuen Villen zu erfahren.

Lublin. Ein Kapitalverbrechen, das vor drei Jahren viel Aufsehen und besonders in jüdischen Kreisen allergrößte Aufregung hervorrief, soll jetzt, wie unser Warschauer Vertreter meldet,

seiner Klärung zugeführt werden. Vor dem Militärgericht in Lublin stehen als Angeklagte Hauptmann Sadowski, Korporal Markiewicz und Gefreiter Sikora. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Am 29. Juni 1919 wurden von einem Posten auf dem Terrain der Unteroffizierschule Zojeziers bei Demblin sechs jüdische junge Mädchen angehalten, die in benachbarten Dörfern Einkäufe von Lebensmitteln gemacht hatten. Da das Betreten des militärischen Terrains verboten war, wurden sie in die Wache gebracht, von wo sie gegen Mitternacht der jetzt angeklagte Hauptmann entließ. Da die Mädchen sich fürchteten, begleitete der Offizier sie durch das Lager; unterwegs schlossen sich die beiden Mitangeklagten an. Nach Darstellung der Angeklagten haben sie die Mädchen bis zum Tor des Lagers begleitet. Von den Mädchen fehlte aber seitdem jede Spur — und einige Tage später fand man ihre Leichen an verschiedenen Stellen in der Weichsel. Die Untersuchung ergab, daß eins der Mädchen erwürgt, eins vergewaltigt worden war. Die Anklage stützt sich darauf, daß das Verbrechen auf dem militärischen Terrain erfolgte, dessen Betreten durch Zivilpersonen verboten ist, daß ferner die Brückenwache, die die Mädchen auf dem Heimwege hätten passieren müssen, sie nicht gesehen hat, daß die Angeklagten sich zuletzt in Gesellschaft der Ertrunkenen befanden und daß endlich die graufige Tat mit solcher Schnelligkeit, daß die Mädchen nicht einmal schrien (das hätte der Brückenposten hören müssen) nicht von einem Täter begangen sein kann.

— Zwei Todesurteile gegen Minderjährige. Am 19. und 20. d. M. verhandelte das Lubliner Bezirksgericht als Standgericht in dem Prozeß gegen die 17-jährigen Mikolaj Kapisa und Franciszek Jawislak, die des Raubmordes angeklagt waren. Das Standgericht verurteilte beide Angeklagte trotz ihrer Minderjährigkeit zum Tode durch Erschießen.

Lemberg. Judenfeindliche Ausschreitungen. Am Montag war Lemberg der Schauplatz großer jüdenfeindlicher Ausschreitungen. Die polnische akademische Jugend hielt eine Versammlung in Gegenwart der Dekane der juristischen und philosophischen Fakultäten sowie des Abg. Prof. Slombinski im Universitätsgebäude ab. Auf der Versammlung wurde eine Entschließung über die Notwendigkeit der Festsetzung einer Norm für die Juden (11 Proz.) (numerus clausus) sowie Proteste gegen die Regierung Prof. Rowals und gegen Prof. Rumaniecki angenommen. Nach der Versammlung griff die mit Revolvern und Seitengewehren bewaffnete akademische Jugend in den Straßen jüdische Passanten fälschlich an. Studenten besetzten alle Räume der Universität, den Juden den Zutritt verwehrend. Am Nachmittag wurde das Jüdische Akademische Haus, darin die jüdische Jugend über die Lage beriet, belagert. Die von der jüdischen Jugend berufene Polizei verhinderte einen blutigen Zusammenstoß.

Woson. Ueber einen Ueberfall auf einen hiesigen Friedensrichter. Die Angelegenheit verhält sich so: Vor etwa einem halben Jahre wurde ein hiesiger angesehener Glasermeister K. wegen angeblich unzulässiger Erwerbs von Glas, das staatliches Eigentum war, vom Schöffengericht unter dem Vorsitz des Friedensrichters F. zu einem halben Jahre Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil war in der vergangenen Woche von der Strafkammer als Berufungsinhänger bestätigt worden. Am folgenden Tage kaufte der Verurteilte einen Revolver und fuhr, nachdem er sich durch Alkoholgenuß Mut angestrunken hatte, zur Wohnung des Friedensrichters F. und richtete hier, nachdem er die Wohnung betreten hatte, den geladenen Revolver auf den Richter. Diesem gelang es jedoch, seinem Gegner die Schußwaffe noch rechtzeitig zu entwenden. Es

Der wandernde Gerichtshof setzt nunmehr sei-

entstand dann zwischen beiden ein heftiges Ringen, in dessen Verlauf sie die Treppe herunterfielen. Nannmehr griff der Droschkentreiber, der mit seiner Tasse vor dem Hause hielt, ein und braute die beiden auseinander. Sofort herbeigerufene Polizei nahm den R. fest. Dieser gab bei seiner polizeilichen Vernehmung an, daß er die Tat nicht wegen seiner Verurteilung, sondern deshalb begangen habe, weil der Friedensrichter über ihn das falsche Gerücht verbreitet habe, daß er, R., einen Säherndiebstahl begangen habe. R. wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt.

— **Banditenüberfall auf ein evangelisches Pfarrhaus.** Am Freitag, früh in der 6. Stunde, verübten mehrere Banditen in Marovana-Boslin auf das dortige evangelische Pfarrhaus einen Raubüberfall, verletzten den in den fünfziger Jahren stehenden Pastor Rückert, vermutlich durch Hammerschläge, bis zur Bewußtlosigkeit und raubten verschiedene Sachen, u. a. bares Geld, einen großen Posten Wäsche, Silberne Messer und Sabeln.

Garnikan. Ueber einen Mord wird berichtet: Vor einiger Zeit verlor die deutsche Fleischermessei-Besatzung aus Gemblitz sein Grundstück an den aus Galizien eingewanderten Stanislaw Borel. Eine Restsumme von 180 000 Mark, fällig am 1. November dieses Jahres, blieb Borel noch schuldig und sollte sie an den Bruder des Fleischermessei-Besatzung, den Besitzer Albert Borel, der noch in Gemblitz wohnt, zahlen, da der Fleischermessei selbst schon nach Deutschland ausgewandert ist. Am Dienstag erinnerte Albert Borel an die pünktliche Zahlung des Geldes, da er es selbst seinem Bruder abgeben müsse. Am Mittwoch ging er abends mit seinem Knecht Jan Chruslik zur Pumpe, um Wasser zu holen. Als sie mit dem Wasser eben in das Haus eintreten wollten, krachte von der Gartentür her ein Schuß und traf den Knecht in den Unterleib. Der Betroffene starb eine Stunde später. Der Ermordete hatte absolut keine Fehde, auch ein Akt der Eifersucht scheint nicht vorzuliegen; es ist vielmehr anzunehmen, daß her aus dem Hinterhalt im Knecht abgefeuerte Schuß dem Besitzer Albert Borel selbst gelten sollte. Borel wurde unter dem Verdacht des Mordes verhaftet.

Dirschau. Ueber einen Raubüberfall, der in einem hiesigen Hotel verübt worden ist, erhielt die „Dirschauer Zeitung“ folgende Informationen: In dem betreffenden Hotel wohnt seit einiger Zeit eine Militärkommission zwecks Ankauf von Militärpferden, bestehend aus einem Leutnant und 3 Mann. Gestern abend gegen 6 Uhr kam nur der Bursche dieses Leutnants dieser Kommission in das Hotel herunter und rief den Geschäftsführer nach oben in das Zimmer des betr. Offiziers. Beim Eintritt in das Fremdenzimmer fand er den Leutnant in großer Aufregung vor, wobei er die Hand vor die Stirn hielt, wo er eine blutende Wunde hatte. Auf dem Fußboden lag ein geöffneter Koffer und daneben herumgestreut Geldpapiere mit größeren Noten, Millionenwerte darstellend. Der Offizier gab an, daß kurz vorher jemand an seine Tür geklopft habe und er, als er die Tür öffnete, gleich darauf von einem anscheinend jungen Mann einen schweren Schlag mit einem stumpfen Gegenstand gegen den Kopf erhielt, so daß er zur Erde fiel und eine Zeitlang bewußtlos dort liegen blieb. Nachdem er wieder zu sich gekommen war, fand er den Koffer erbrochen vor und es wurde nun festgestellt, daß von den über 30 Millionen Mark Staatsgeldern, die er zum Ankauf von Pferden bei sich führte, 6 Millionen Mark fehlten. Soweit der Tatbestand. Es wurde hierauf sofort die hiesige Kriminalpolizei von diesem Vorfall benachrichtigt und auch seitens der vorgesetzten Militärbehörde ist noch am späten Abend auf Benachrichtigung hin eine Untersuchungskommission hier

eingetroffen, die sofort die notwendigen Ermittlungen anstellten. Auffällig bleibt hierbei, daß zu der Kommission auch mehrere Burschen gehören, die hauptsächlich zum Schutz und zur Bewachung des betr. Offiziers zur Verfügung gestellt waren, die aber, wie erzählt wird, in der fraglichen Zeit das Zimmer verlassen haben sollen, angeblich deshalb, weil sie telefonisch fortgerufen worden seien.

Interessante Lektüre für die Winterabende. Die Nacht der Drei. Ein Roman aus dem Jahre 1955 von Ingenieur Hans Dominik. Verlag von Ernst Reils Nachf. (Aug. Scherl) Leipzig.

Politische und technische Zukunftsprobleme größten Ausmaßes bilden den Inhalt dieses erstmalig in der „Wache“ erschienenen Romans. Zwei amerikanisch-japanische Kriege sind geschlagen. Zwischen den Amerikanern und Engländern, den „English-Speakers“, entbrannt der Kampf um die Welt Herrschaft. Durch das Eingreifen einer dritten Macht, des Erdbergeländes der Tiefsee, werden politische Raubzüge und Kämpfe zu Wasser und zu Lande durchkreuzt. Die im freien Raume gebundenen gewaltigen Kräfte können beliebig mit ungeheurer Wirkung entfesselt werden. Alles erhebt im Bilde der Wirklichkeit und wissenschaftlich begründeten Möglichkeit. „Die Nacht der Drei“ ist ein ungemein spannendes und für jedermann interessantes Buch.

Römische Funde in Innsbruck. Bei Ausgrabungen des Grundes für Neubauten auf dem Frauenanger nördlich des Stiftes Wilten bei Innsbruck ist man auf römische Grundmauern von 3 Meter Stärke gestoßen, die als ein Rest des alten, bisher noch nicht aufgefundenen Castrum Veldidina der Römer angesehen werden. Es wurden auch eine bronzene Münze mit dem Bild und der Inschrift Hadrians und andere Altertümer gefunden.

Ja, Professor, das ist ganz was anderes! Zu einem Münchener Musiklehrer, der den Professortitel hat, kommt — so erzählen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ — ein Maurer. Er will seiner Tochter, da er „es ja jetzt hat“, eine bessere Erziehung geben lassen. Vor allem soll das Fräulein Klavierspielen lernen, aber richtig. Ja — und was das jetzt koste; es komme ja nicht so sehr auf den Preis an bei so zwei oder drei Stunden die Woche, wie halt der Professor meine. Der Herr Professor erklärt sich bereit; er sei erfreut, auch in diesen Kreisen höhere Bestrebungen zu finden. Das müsse man unterstützen, und er wolle daher gerne auch seinerseits entgegenkommen und den Preis einfach nach dem Stundenlohn des Herrn Vaters festsetzen. „Da hört sich doch alles auf!“ lönt es ihm entrüstet entgegen, „so eine unverschämte Forderung für a Klavierstudium“. Und schimpfend verläßt der Mann den unbescheidenen Professor.

Der älteste deutsche Bergführer gestorben. Zu Dorf bei Lebensfeld im Oetztal ist der älteste Bergführer in den deutschen Alpen Alois Enmoser, genannt „Anderles Lois“ im Alter von 92 Jahren gestorben. Enmoser galt in den sechziger- und siebziger Jahren als einer der besten Gletscherführer in den Ostalpen, der ein Hauptverdienst an der Erschließung der hinteren Oetztalgebirgswelt hat. Von den vielen Erstbesteigungen Enmosers sei nur eine Tour hervorzuheben, die auch heute noch Bewunderung verdient, die Erstbesteigung der Wahlspeitze, 3533 Mtr., am 29. September 1869.

Das Heiratsaufgebot des Kaisers. Am Gemeindehause von Doorn wird jetzt die beabsichtigte Heirat des Kaisers Wilhelm durch Aushang bekanntgegeben. Das Aufgebot lautet in Uebersetzung: „Der Standesbeamte in der Gemeinde Doorn erklärt, daß heute, Sonnabend, den 24. Oktober 1922, mittags 12 Uhr, durch

Befestigung dieser von ihm ausgefertigten Schrift am Gemeindehause die Bekanntmachung der beabsichtigten Heirat Seiner Majestät Wilhelm Friedrich Viktor Albert, Kaisers und Königs Wilhelm II., geschieht, 63 Jahre alt, ohne Beruf, wohnhaft zu Doorn, Witwer von ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Auguste Viktoria, Prinzessin zu Schleswig-Holstein, Sohn Seiner Majestät Friedrich Wilhelm Nikolaus Karl, Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, Friedrich III. und Ihrer Majestät Viktoria Adelaide Marie Luise, Deutschen Kaiserin und Königin von Preußen, geborenen Prinzessin von Großbritannien und Irland, beide verstorben und der hochfürstlichen Durchlaucht Prinzessin Hermine Reuß, ältere Linie, 34 Jahre alt, ohne Beruf, wohnhaft zu Grünberg (Schlesien), Witwe von Prinz Georg Ludwig Ferdinand August zu Schönau-Carolath, Tochter Heinrichs XXII., souveränen Fürsten von Reuß, ältere Linie, und Prinzessin Ida zu Schönburg-Lippe, beide verstorben, erfolgt ist. Der Standesbeamte W. G. Ruitenbeek.“

Eine angebliche Verjüngungskur des Kaisers Wilhelm. Von Paris aus wurde dieser Tage die Nachricht verbreitet, Kaiser Wilhelm wolle sich verjüngen lassen. Ein Berliner Blatt wollte sogar erfahren haben, der Berliner Arzt Dr. Peter Schmidt sei nach Doorn gereist, um die Operation vorzunehmen. Diese Geschichte, die schon lange, namentlich mit Bezug auf die bevorstehende Hochzeit kolportiert worden ist, erweist sich, wie zu erwarten war, als ganz erfunden. Dr. Peter Schmidt, der ein mehrjähriger Mitarbeiter Prof. Steinachs ist und in Berlin über 50 klinische Fälle nach Steinachscher Methode behandelt hat, erklärt mit aller Bestimmtheit, daß er weder nach Doorn gereist sei, noch irgendwo eine Anfrage vom Kaiser erhalten habe.

Rückzahlung im Beichtstuhl. In einer Bank in Aurillac wurde vor einigen Tagen ein Fehlbetrag von 100 000 Franken entdeckt. Die polizeiliche Untersuchung ergab kein Ergebnis und man glaubte schon, die fehlende Summe in den Rauch schreiben zu müssen, als die Bankleitung plötzlich einen überraschenden Brief aus Paris bekam. Darin sandte der Vikar der Kirche von St. Mabelaine die fehlenden Banknoten ein, die er dem Dieb in der Beichte abgenommen hatte. Den Namen des Schuldigen verschwiegen der Geistliche selbstverständlich.

Ein indisches Ehrenschild für Mustafa Kemal. Nach einer Meldung aus Akahabad hat das Zentralkomitee des Kalifats beschlossen, Mustafa Kemal ein Ehrenschild zu verleihen und ihm zwei Flugzeuge zu spenden. Es wurde außerdem beschlossen, einen Delegierten nach Angora zu entsenden.

Unsterbliche Bäume. Nicht allein in der Welt der niedrigeren Organismen begegnet man bisweilen Fällen einer Langlebigkeit, die die biologische Theorie der an sich unbegrenzten Dauer des organischen Lebens zu stützen scheinen. So gibt es beispielsweise noch heute in Indien einen der Familie der Feigen angehörenden Baum, dessen weit ausladende Äste schon vor 23 Jahrhunderten dem Heere Alexanders des Großen Schatten gespendet haben sollen. Auch die Affenbrodbaume des Senegal erreichen ein phantastisch hohes Alter und zeigen ein unbegrenztes Wachstum. Ein anderer, die Jahrhunderte überdauernder Baum ist der Mammutbaum, eine Konifere, die in den Wäldern Kaliforniens heimisch ist und die bis 5000 Jahre alt zu werden scheint. Der Methusalem dieser Mammutbäume ist der sogenannte „General Sherman“. Er hat einen Umfang von 32 Meter und mißt in der Höhe 92 Meter; sein Alter will man auf 10 000 Jahre schätzen. Solche über die ganze Erde verstreute Baumriesen scheinen keines natürlichen

Auf Wunder warte nicht! —
 Sieh, Deine Zeit fliegt hin
 Und läßt Dir keine Spur
 Dahier von ihrem Gleis!
 Auf Wunder warte nicht!
 Du hast des nicht Gewinn;
 Die Götter helfen nur
 Durch Tugend und durch Fleiß.
 Zschokke.

ländisches Gewicht — 28000, desgleichen franco
 Warschau — 29500, Posener Roggen —
 27500—30000—30300—30500, Roggenmehl
 50 prozentig franco Warschau — 52000, Rog-
 genkleie franco Warschau — 19100, Posener
 Hafer — 26500, Roggen aus Kongresspo-
 len für 118 Pfund holländ. Gewicht — 29500.

Wochenschau.

Polen. Der Jedak-Prozeß in Demberg nimmt seinen Fortgang. Der dritte Angeklagte Dimitry Faljew soll sich während des Attentats in der Nähe Jedaks mit der Absicht aufgehalten haben, ihm die Flucht zu erleichtern. Vor Gericht stellte Faljew alles in Abrede. Er behauptet, auf dem Marktplatz gar nicht anwesend gewesen zu sein und von dem Attentat erst später erfahren zu haben. Zwei andere Angeklagte, Kuczewski und Matejal leugnen gleichfalls jede Schuld und wollen vom Attentat ebenfalls erst nach dessen Ausführung erfahren haben. Der Vorsitzende schritt darauf zur Vernehmung der anderen Gruppe der Angeklagten, zu der 7 Personen gehören, die sich nur wegen Staatsverrats zu verantworten haben. Die Angeklagten Knapowicz, Farcemiezul, Golubowicz, Tapan, Bielecki und Zyblkiwicz leugneten gleichfalls jegliche Schuld. Sodann wurde der ehemalige Chef des Generalstabes General Rozwadowski sowie der Wojewode Grabowski verhört.

Rußland. Die Sowjetpresse klagt über die Ergebnisse der jüngsten Wahlen in die Sowjets, die den Kommunisten nur 30 Prozent, den sogenannten Unparteilichen dagegen, die oft erklärte Feinde der Kommunisten sind, 70 Prozent der Mandate eingebracht haben. In diesem Wahlergebnis spiegelt sich am besten die Unzufriedenheit der russischen Bevölkerung mit der bestehenden Ordnung, oder vielmehr Unordnung in Rußland wider. Daß die Kommunisten während der Wahlen von ihrem verächtlichen blutigen Terror ausgiebigen Gebrauch gemacht haben, unterliegt wohl nicht dem geringsten Zweifel, und nun doch diese Niederlage. Allmählich dürften die Kommunisten wohl einsehen, daß sie der bürgerlichen Strömung größere Zugeständnisse machen müssen. Sicher sind auch die größten kommunistischen Schreier bereits gesättigt, sie haben sozusagen „ihr Schäfchen im Trocknen“, d. h. Gelegenheit gehabt, selbst Kapitalien anzuhäufen und also „Burschus“ zu werden. Das geht aus verschiedenen Nachrichten hervor, in denen von Spaltungen innerhalb der kommunistischen Partei, von gemäßigten Tendenzen und dergl. die Rede ist.

In Konstantinopel befinden sich noch immer gegen 5000 russische Flüchtlinge, die bisher von der amerikanischen Hilfsmission unterstutzt worden sind. Nun hat Dr. Nansen mit der bulgarischen Regierung eine Abmachung getroffen, derzufolge diese Flüchtlinge in und bei Warna angesiedelt werden sollen.

Deutschland. In Berlin sind die Mitglieder der Reparationskommission eingetroffen und vom Reichskanzler empfangen worden. Zunächst soll eine Reihe von Sonderbesprechungen stattfinden, denen dann die gemeinsamen Verhandlungen der Mitglieder der Reparationskommission sowie der Vertreter der an dieser Frage interessierten Ministerien, unter Vorsitz des Reichskanzlers, folgen werden.

In einer weiteren Mitteilung aus Berlin heißt es, daß das Reichskabinett das Programm der Beratung angenommen und der Reichskanzler in einer vertraulichen Sitzung die Sachverständigen über die Richtlinien der deutschen Regierung hinsichtlich der Reparationsverhandlungen eingeweiht habe. Die Sachverständigen sollen die ihnen unterbreiteten Richtlinien gutgeheißen haben. In der ersten Verhandlung hat Staatssekretär Schöder erklärt, daß der deutsche Staatshaushalt voraussichtlich ein Defizit von 440 Milliarden Mark haben werde.

Italien. Das Kabinett de Facta hat seinen Rücktritt beschlossen. Die Veranlassung dazu gaben die Faschisten, die einen großartigen „Zugzug“ gegen Rom eröffnet haben. In verschiedenen Städten Italiens haben die Faschisten, Post-Telegraphen-Telephonstationen, Kaserne und Bahnhöfe besetzt, so in den Städten Siena, Florenz, Pisa, Mailand usw. um ihre Machtenschaften bewegen sich auf Rom zu, um die Hauptstadt in ihre Gewalt zu bekommen. Was wollen die Faschisten? Nun, die Faschisten spielen in Italien ungefähr dieselbe Rolle, wie die Monarchisten in Deutschland. Wie jene das politische Gleichgewicht gegen die kommunistischen Umtriebe in Deutschland bilden, so sind auch die Faschisten in Italien geschworene Feinde der Kommunisten und nicht nur dieser. Sie gehen in ihrem Haß gegen die linken Parteien überhaupt, also auch gegen die Sozialisten vor, die sie der Sympathien mit Moskau verdächtigen. Um nun einer immerhin nicht aufgeschlossenen Staatsumwälzung durch die Kommunisten vorzubeugen, suchen sie die Regierung in Italien in ihre Hände zu bekommen, indem sie erstmal die Forderung stellen, daß im neuen Kabinett ihr Führer Mussolini und andere Vertrauensmänner dieser Richtung in größerer Anzahl vertreten sein sollen und sich auch nicht

Lobes zu sterben und nur durch elementare Ereignisse, wie Bliz, Feuer, Orkane, in ihrer Lebensexistenz bedroht zu sein.

Ein jäher Selbstmordkandidat. In Hohenmölsen (Provinz Sachsen) fand man den 72jährigen Rentner Reichardt in bewußtlosem Zustande auf. Er hatte versucht, sich zu erhängen, aber der Strick war gerissen. Am nächsten Tag stürzte er sich aus einem hochgelagerten Siebelfenster auf die Straße; man brachte ihn ins Krankenhaus, wo es sich herausstellte, daß die Verletzungen nicht erheblich waren. Kurze Zeit darauf machte er den Versuch, sich im Krankenhaus die Pulsader zu durchschneiden, was auch nicht gelang, da das Messer zu stumpf war.

Im Kraftwagen über dem Kanal. In den nächsten Tagen wird ein eigenartiger Wagen die Fahrt von Lyon nach London antreten. Es handelt sich um einen Wagen, der sich auf dem Band als ein richtiges Auto fortbewegt, aber imstande ist, auch den Steweg mit eigener Kraft und eigener Schwimmsfähigkeit zurückzulegen. Ob das Wagenboot die Fahrt über den Kanal übersehen wird, dürfte hauptsächlich von den Wetterverhältnissen abhängen.

Millionuwka. Bei der letzten Ziehung der Millionuwka fiel der Gewinn auf die Nr. 3313022, die in Warschau verkauft worden ist.

Polnische Böese.

	31. 10.	1. 11.	3. 11.
1 amer. Dollar	13350 Mk.	14250 Mk.	14450 Mk.
1 pfd. Sterling	60 509	62800	65250
1 franz. Frank	960	990	1032
1 deutsche Mark	3.20	3.60	3.00

Warschauer Getreidebörse.

(Preise netto für 100 Kilogramm ab Verladestation, falls nichts anderes vermerkt): Roggenmehl 70 prozentig franco Warschau — 43000, Hafer laut Muster franco Warschau — 26000, Roggen aus Kongresspolen für 118 Pfund hol-

sehen, diese Forderung durch Drohungen und sogar Gewalt durchzusetzen.

Spätere Nachrichten aus Rom besagen, daß die Faschisten die Hauptstadt besetzt haben und Mussolini mit der Kabinettsbildung betraut worden ist. Das neue italienische Kabinett hat folgende Zusammensetzung: Mussolini — Präsidium, Keiseres und Juneres, General Diaz — Krieg, Thaon die Resch — Marine, Stefani — Finanzen, Federoni — Verkehr, Sturatti — befreite Gebiete, Capitli — Volkserziehung, de Capitani — Landwirtschaft, Carnazza — öffentliche Arbeiten, Colonna die Cesaro — Post und Telegraphen, Driglio — Justiz, Carazzoni — soziale Fürsorge.

Türkei. Aus Konstantinopel wird berichtet, daß das Parlament von Angora die Entthronung des Sultans proklamiert und Kara Bekir Pascha zum Gouverneur von Konstantinopel ernannt hat. Das Parlament hat sich gleichzeitig das Recht der Wahl eines Bundeschefs vorbehalten, der keine dynastischen Rechte hätte. Sodann hat das Parlament die Erklärung abgegeben, daß die Bezeichnung „Ottomanisches Kaiserreich“ in „Türkischer Staat“ umbenannt worden ist. Weiter verlautet, daß die Türken auf der Konferenz in Lausanne die Räumung des Suezkanals von den englischen Truppen und deren Ersatz durch internationale Gendarmen fordern werden. Denselben Antrag werden sie betreffs der Dardanellen stellen.

Das französisch-englische Duell hinter dem türkischen Vorhang nimmt also seinen vorandesehenen Fortgang. Alle das englische Interessengebiet betreffenden Fragen sollen herorgeholt und einer neuerlichen Belastungsprobe unterworfen werden. Den Engländern wird es angesichts der fortwährenden Nadelstich- und immer neuen Verlegenheiten, die ihnen ihr „Freund und Bundesgenosse“ Frankreich täglich bereitet, nachgerade recht schwill werden.

Schweiz. In der Schweiz haben die Wahlen zum schweizerischen Nationalrat stattgefunden, die folgendes Ergebnis zeigten: Von der Gesamtzahl von 198 Mandaten erhielten die Radikalen 99, die katholischen Konservativen 44, die Sozialdemokraten 43, die Bauern- und Bürgerpartei 35, die liberalen Demokraten 10,

politische Sozialisten und Unparteiische zusammen 5 und Kommunisten 2 Mandate.

Humor.

Der Ausnahmefall. Der kleine Markus hat sich vom Schullehrer einen scharfen Tadel zugezogen, wegen schlechter Orthographie: weil er Worte wie Tier, Teil, Tal, Träne mit einem th geschrieben hat. „Du wirst nachsehen, wenn das noch einmal vorkommt! In deutschen Wörtern gibts nur t und kein th!“

„Herr Lehrer,“ sagt der kleine Frechdachs, „ich werde ganz gern nachsehen. Bloß vorher tun Sie mir einmal einen Gefallen. Schreiben Sie doch mal dort an die Tafel „Brathering“ ohne th!“
(„Luftige Blätter“.)

Kindermund. Elschen: „Mama, kann man denn noch zeichnen, wenn man nicht mehr ebt?“

„Nein, mein Kind?“
„Aber unter dem Bilde hier steht doch: Nach dem Leben gezeichnet von H. W.“

Richtig. Herr Winter, ein sehr trinkfester Mann, hat seiner Frau versprochen, nicht mehr in die Kneipe zu gehen. Trotzdem kommt er eines Abends sehr angefauselt heim. „Mann!“ ruft die Frau wütend, „du kommst ja schon wieder aus dem Wirtshaas!“ — „Natürlich,“ sagt Winter vergnügt, „ewig kann ich doch nicht darin bleiben!“

Stimmt. Lehrer: Wer kann mir sagen, was der Krieg am meisten verschlungen hat? — Schüler: Die fetten Bäuche!

Der nervöse Gast. Der seinerzeit sehr bekannte Reichstagsabgeordnete Lasker, der sehr nervös war, stieg einst in einem Hamburger Hotel ab und wandte sich sofort an den Zimmerkellner mit der Bitte, dieser möge doch den Bewohner des angrenzenden Zimmers um mögliche Ruhe beim Schlafengehen ersuchen, da ihm das geringste Geräusch um seine ganze Nachtruhe bringe. Sein Zimmernachbar kommt nachts nach Hause, denkt nicht an den nervösen Herrn, und während er sich auskleidet, wirft er geräuschvoll seinen ersten Stie-

fel in die Ecke. Da fällt ihm das Ersuchen des Kellners ein, und er beendet das weitere Entkleiden durchaus geräuschlos. Nach drei Stunden weckt ihn sein nervöser Nachbar durch lautes Klopfen an der Verbindungstür aus dem Schlafe und ruft ihm vorwurfsvoll zu: „Um Gottes willen, Mensch, wann werden Sie endlich den anderen Stiefel in die Ecke werfen? Ich warte nun schon drei Stunden darauf!“

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“
m. b. H., Petrikauer Straße 86.
Lektor: Dr. E. von Behrens.

„Die Warte“

Der von den Deutschen in Polen gerngelesene Kalender ist für 1923 erschienen.

Er bringt auf 160 Seiten eine Fülle von Unterhaltungsstoff, belehrender Artikel und zahlreiche Illustrationen.

Vorzugspreis bis 15. November Mk. 600
Danach wegen Geldentwertung „ 750
— — Wiederverkäufern Rabatt. — —

Bestellungen erbittet 51

Das Verlagshaus „Kompas“
Lódz, Hawrot Nr. 26.

Spargelder

verzinsen wie
bei täglicher Kündigung mit 8%
6-wöchentl. „ 10%
1-jährl. „ 12%
Längerer Kündigung nach Vereinbarung

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen
H. G.

Sodaj. Aljeje Kosciuszki: 45/47. 83

An unsere Leser!

Wir bitten alle geschätzten Leser unseres Blattes, die mit ihren Abonnementsbeträgen im Rückstande sind, um sofortige Zahlung derselben, damit eine Unterbrechung in der Zustellung des Volksfreundes verhütet werden kann. Gleichzeitig erlauben wir uns auf die ab 1. November eingetretene Erhöhung des Bezugspreises aufmerksam zu machen, die infolge anhaltender Entwertung der polnischen Mark nicht zu umgehen war. Der Bezugspreis des „Volksfreundes“ beträgt gegenwärtig mit Postzustellung M. 1500 vierteljährlich.

Ohne Striche abzutrennen und als Stimmzettel für die Senatswahl zu verwenden.

16

16

16